

Amtliche Bekanntmachung

Nr. 27/2014



Veröffentlicht am: 02.04.2014

Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Psychologie vom 08.01.2014

Auf der Grundlage von § 13 Absatz 1, § 67 Absatz 3 Ziffer 8 des Hochschulgesetzes Sachsen-Anhalt vom 14.10.2010 (GVBl. LSA S. 600) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. § 6 Absatz 1 der Grundordnung der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg vom 27.03.2012 (MBL. LSA S. 305) hat die Otto-von-Guericke-Universität-Magdeburg die folgende Prüfungsordnung erlassen.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Dauer und Gliederung des Studiums
- § 3 Akademischer Grad
- § 4 Zulassung zum Studium
- § 5 Prüfungsausschuss
- § 6 Prüfende und Beisitzende
- § 7 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 8 Leistungsnachweise
- § 9 Arten von studienbegleitenden Prüfungsleistungen/Nachteilsausgleich/Mutterschutz
- § 10 Öffentlichkeit von mündlichen Prüfungen
- § 11 Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 12 Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Modulnoten
- § 13 Wiederholung von studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 14 Freiversuch
- § 15 Zusatzprüfungen

II. Master-Abschluss

- § 16 Anmeldung zur Master-Arbeit
- § 17 Ausgabe des Themas, Abgabe und Bewertung der Master-Arbeit
- § 18 Kolloquium
- § 19 Wiederholung der Master-Arbeit und des Kolloquiums zur Master-Arbeit
- § 20 Gesamtergebnis der Master-Prüfung
- § 21 Zeugnisse und Bescheinigungen
- § 22 Urkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 25 Ungültigkeit der Prüfungsleistungen
- § 26 Entscheidungen, Widerspruchsverfahren
- § 27 Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses

§ 28 Übergangsklausel

§ 29 In-Kraft-Treten

Anlagen

- Rahmenstudienplan
- Studien- und Prüfungsplan

1. Allgemeiner Teil

§ 1

Geltungsbereich

Die vorliegende Prüfungsordnung regelt die Prüfungen und den Abschluss im konsekutiven Master-Studiengang Psychologie der Otto-von-Guericke-Universität. Verantwortlich für den Studiengang ist in Abstimmung mit der Fakultät für Humanwissenschaften die Fakultät für Naturwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

(2) Dieser Master-Studiengang ist ein konsekutiver Präsenzstudiengang, der dem Profiltyp "stärker forschungsorientiert" zugeordnet wird.

(3) Er wird als Vollzeitstudium mit Präsenz- und Selbststudienphasen sowie berufspraktischen Phasen durchgeführt.

§ 2

Dauer und Gliederung des Studiums

(1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Master-Prüfung 4 Semester. Sind Prüfungen nach sechs Semestern (Regelstudienzeit plus zwei Semester) nicht abgelegt, gelten nicht abgelegte Prüfungsteile als abgelegt und erstmalig nicht bestanden. Dies gilt nicht, wenn der oder die zu Prüfende nachweist, dass er oder sie die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat. Der Master-Abschluss besteht aus den studienbegleitenden Modulprüfungen und der Master-Arbeit mit dem Kolloquium. Weiterhin ist ein Praktikum Bestandteil des Studiums.

(2) Das Studium ist modular aufgebaut. Module können aus Teilmodulen bestehen. Für jedes Modul ist mindestens eine Modulprüfung abzulegen. Besteht ein Modul aus Teilmodulen, so ist in jedem Teilmodul (kumulativ) eine Prüfungsleistung zu erbringen. Modulprüfungen bestehen aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen. Prüfungsleistungen sind studienbegleitend während oder am Ende des jeweiligen Moduls oder Teilmoduls zu erbringen. Für jedes erfolgreich abgeschlossene Modul/Teilmodul wird eine bestimmte Anzahl von Leistungspunkten (Credits) nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben. Ein Credit beinhaltet einen durchschnittlichen studentischen Arbeitsaufwand von 30 Stunden

(3) Der Studienaufwand des oder der Studierenden entspricht 120 Credits. Dazu ist es notwendig, die Pflicht- und Wahlpflichtmodule erfolgreich abzuschließen. Der Abschluss von zusätzlichen Modulen nach freier Wahl ist ebenfalls möglich. Die Module, die Prüfungsleistungen und die Zuordnung der Credits zu den einzelnen Modulen sind dem in der Anlage enthaltenen Prüfungsplan zu entnehmen.

(4) Das Studium ist in der Weise gestaltet, dass es in der Regelstudienzeit erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Die Modulprüfungen können vor Ablauf des im Prüfungsplan angegebenen Semesters abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur jeweiligen Prüfungsleistung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind.

§ 3

Akademischer Grad

Nach bestandener Master-Prüfung verleiht die Otto-von-Guericke-Universität den akademischen Grad

„Master of Science “

abgekürzt: „M. Sc.“

§ 4

Zulassung zum Studium

(1) Die Bewerbung für den Masterstudiengang Psychologie setzt den erfolgreichen Abschluss eines mindestens dreijährigen Bachelor-Studiums im Fach Psychologie oder einen vergleichbaren Abschluss voraus. Die Mindestnote 2,5 ist nachzuweisen.

(2) Bewerber und Bewerberinnen, die Ihr Abschlusszeugnis zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht vorlegen können, führen den Nachweis der Qualifikation für den Masterstudiengang durch die Vorlage einer vom Prüfungsamt ausgestellten Leistungsbescheinigung. Es müssen mindestens 150 Credits erreicht sein.

(3) Ausländische Studienbewerber, die ihren Abschluss nach Absatz 1 in einem nicht deutschsprachigen Studiengang erworben haben, müssen vor der Immatrikulation deutsche Sprachkenntnisse mit der bestandenen „Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber“ Stufe 3 oder dem TestDAF Stufe 5 nachweisen.

(4) Die Durchführung des Auswahlverfahrens ist in der Satzung zur Durchführung des Auswahlverfahrens für den Masterstudiengang Psychologie geregelt.

§ 5

Prüfungsausschuss

(1) Zur Wahrnehmung der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Prüfungsausschuss gebildet. Er besteht aus in der Regel fünf Mitgliedern. Das vorsitzende Mitglied, das stellvertretend vorsitzende Mitglied und ein weiteres Mitglied werden aus der Gruppe der Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, Hochschuldozenten und Hochschuldozentinnen, ein Mitglied wird aus der Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden bestellt.

(2) Der Prüfungsausschuss stellt die Durchführung der Prüfungen sicher. Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. Er gibt Anregungen zur Reform dieser Prüfungsordnung und der Studienordnung. Dabei ist der Einhaltung der Regelstudienzeit und der Prüfungsfristen besondere Bedeutung beizumessen.

(3) Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag, bei dessen oder deren Abwesenheit die des Stellvertreters oder der Stellvertreterin. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder, darunter mindestens zwei Mitglieder aus der Gruppe der Professoren und Professorinnen, anwesend ist.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr. Wiederwahl ist möglich.

(5) Der Prüfungsausschuss kann im jeweiligen Einzelfall konkret zu bestimmende Befugnisse widerruflich auf den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden oder die stellvertretende Vorsitzende übertragen. Der oder die Vorsitzende bereitet die Beschlüsse des Prüfungsausschusses vor, führt sie aus und berichtet dem Prüfungsausschuss fortlaufend über seine oder ihre Tätigkeit.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme der Prüfungen als Beobachter oder als Beobachterin teilzunehmen.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst tätig sind, sind sie durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 6

Prüfende und Beisitzende

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und die Beisitzenden. Zur Abnahme von Hochschulprüfungen sind Professoren, Professorinnen, Juniorprofessoren, Juniorprofessorinnen, Hochschuldozenten und Hochschuldozentinnen, wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen soweit sie Lehraufgaben leisten, Lehrbeauftragte sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen befugt. Prüfungsleistungen dürfen nur von Personen bewertet werden, die selbst mindestens einen Master- oder gleichwertigen Abschluss besitzen.

(2) Für die Bewertung schriftlicher Prüfungsleistungen sind zwei Prüfende zu bestellen. Stellt der Prüfungsausschuss für einen Prüfungstermin fest, dass auch unter Einbeziehung aller gemäß Absatz 1 zur Prüfung Befugten die durch eine Bestellung bedingte Mehrbelastung der Betreffenden unter Berücksichtigung ihrer übrigen Dienstgeschäfte unzumutbar wäre oder zwei Prüfende nicht vorhanden sind, kann er beschließen, dass für diesen Prüfungstermin die betreffenden schriftlichen Prüfungsleistungen nur von einem oder einer Prüfenden bewertet werden. Der Beschluss ist den Studierenden bei der Meldung zur Prüfung mitzuteilen. Vorkorrekturen durch wissenschaftliche Mitarbeiter sind möglich.

Einer bzw. eine der Prüfenden ist in der Regel ein Hochschullehrer.

(3) Für die Bewertung der schriftlichen Master-Arbeit sind zwei Prüfende zu bestellen.

(4) Studierende können für mündliche Prüfungen und die Master-Arbeit Prüfende vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.

(5) Die Prüfenden sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(6) Der Prüfungsausschuss stellt sicher, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ 7

Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Über die Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen entscheidet auf schriftlichen Antrag der Prüfungsausschuss. Der Antrag ist innerhalb von vier Wochen nach Aufnahme des Studiums an den Prüfungsausschuss des entsprechenden Studienganges zu richten. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen im Original oder in beglaubigter Form vorzulegen.

(2) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in Studiengängen an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes werden angerechnet, soweit kein wesentlicher Unterschied festzustellen ist. Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen die im Ausland erbracht wurden, werden angerechnet, soweit kein wesentlicher Unterschied besteht. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die Lissabon-Konvention vom 11. November 1997, die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Regelungen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten.

Bewertungsgrundlage ist, soweit bereits beiderseitig angewandt, das European Credit Transfer System (ECTS). –

(3) Bei der Anrechnung von Prüfungsleistungen werden die ECTS–Noten, falls vorhanden, übernommen und auf dem Zeugnis ausgewiesen. Bei der Berechnung der Gesamtnote werden sie nicht einbezogen.

(4) Bei vergleichbaren Notensystemen werden die Noten übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen.

§ 8 Leistungsnachweise

(1) Voraussetzung für die Zulassung zu einer studienbegleitenden Prüfung der Module sind Leistungsnachweise. Die studienbegleitende Prüfungsleistung eines Moduls/Teilmoduls kann erst erbracht werden, wenn die als Leistungsnachweis zu erbringende Leistung nachgewiesen ist.

(2) Prüfungsvorleistungen sind im anliegenden Prüfungsplan als solche gekennzeichnet.

(3) Nicht bestandene Prüfungsvorleistungen können einmal wiederholt werden.

§ 9 Arten von studienbegleitenden Prüfungsleistungen/Nachteilsausgleich/Mutterschutz

(1) Folgende Arten von studienbegleitenden Prüfungsleistungen sind möglich:

- Klausur (K)
- Mündliche Prüfung (MP)
- Hausarbeit (HA)
- Dokumentierter Einzelbericht (EB)

(2) In einer Klausur sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit mit begrenzten Hilfsmitteln und unter Aufsicht mit den geläufigen Methoden des Fachgebietes ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden können. Die Bearbeitungszeit einer Klausur beträgt mindestens 60 Minuten, jedoch nicht mehr als 120 Minuten. Klausuren können Aufgaben enthalten, bei denen mehrere Antworten zur Wahl stehen (Multiple-Choice-Aufgaben). Die Dauer des Bewertungsverfahrens soll vier Wochen nicht überschreiten

(3) Durch mündliche Prüfungen soll der oder die Studierende nachweisen, dass er oder sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Die mündliche Prüfung findet vor mehreren Prüfenden (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer oder einer Prüferin und einem sachkundigen Beisitzer oder einer Beisitzerin als Einzel- oder Gruppenprüfung statt, wobei bis zu 3 Studierende eine Gruppe bilden können. Der Beisitzer oder die Beisitzerin ist vor der Notenfestsetzung zu hören. Die Dauer der Prüfung beträgt für jeden oder jede Studierende in der Regel 30 Minuten. Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung und die Bewertung der Prüfungsleistung sind in einem Protokoll festzuhalten. Es ist von den Prüfenden und den Beisitzenden zu unterschreiben. Das Ergebnis der Prüfung ist dem oder der Studierenden im *Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben*.

(4) Eine **Hausarbeit** umfasst eine eigenständige schriftliche Auseinandersetzung mit einem fachspezifischen oder fächerübergreifenden Problem unter Einbeziehung und Auswertung einschlägiger Literatur.

(5) In **dokumentierten Einzelberichten** soll die Kandidatin oder der Kandidat belegen, dass sie oder er in der Lage ist, ein durchgeführtes Forschungsprojekt in der Form eines wissenschaftlichen Artikels zu beschreiben.

(6) Die Aufgabenstellung für die Prüfungsleistung wird von den Prüfenden festgelegt. Können sich diese nicht einigen, wird die Aufgabe durch den Prüfungsausschuss bestimmt. Der Prüfungsaus-

schuss legt zu Beginn eines jeden Semesters den Prüfungszeitraum für die Abnahme der mündlichen Prüfungen und Klausuren fest.

(7) Sofern Studierende durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft machen, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Krankheit nicht in der Lage sind, die Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form abzulegen, ist ihnen durch den Prüfungsausschuss die Möglichkeit einzuräumen, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form erbringen zu können.

(8) Behinderten Studierenden kann Nachteilsausgleich in Form von zusätzlichen Arbeits- und Hilfsmitteln gewährt werden, soweit dies zur Herstellung der Chancengleichheit erforderlich ist. Zu diesem Zweck können auch Bearbeitungszeiträume in angemessenem Umfang verlängert oder durch die Ablegung der Prüfung in einer anderen Form genehmigt werden. Behindert ist, wer wegen einer länger andauernden oder ständigen körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen. Die Behinderung ist glaubhaft zu machen. Die Hochschule kann fordern, dass die Glaubhaftmachung durch die Vorlage eines ärztlichen Attestes erfolgt. Der Nachteilsausgleich ist schriftlich beim Prüfungsausschuss zu beantragen. Der Antrag sollte spätestens mit der Meldung zur Prüfung gestellt werden.

(9) Die Art und der Umfang der studienbegleitenden Prüfungsleistungen der einzelnen Module sind dem in der Anlage enthaltenen Prüfungsplan zu entnehmen.

(10) Die Schutzbestimmungen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes sowie entsprechend den Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit sind bei der Anwendung dieser Prüfungsordnung, insbesondere bei der Berechnung von Fristen, zweckentsprechend zu berücksichtigen und deren Inanspruchnahme zu ermöglichen. Studierende, die wegen familiärer Verpflichtungen beurlaubt worden sind, können während der Beurlaubung freiwillig Studien- und Prüfungsleistungen erbringen. Auf schriftlichen, an den Prüfungsausschuss gerichteten Antrag, ist die Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfungsleistung während des Beurlaubungszeitraumes möglich.

§ 10

Öffentlichkeit von mündlichen Prüfungen

Studierende dieses Studienganges, die die jeweilige Prüfungsleistung noch nicht erfolgreich absolviert haben, können als Zuhörer oder Zuhörerinnen bei mündlichen Prüfungen (§ 10 Abs. 3) zugelassen werden, sofern sie nicht selbst zu dieser Prüfungsleistung angemeldet sind. Dies erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Studierenden. Auf Antrag eines oder einer zu prüfenden Studierenden sind die Zuhörer und Zuhörerinnen nach Satz 1 auszuschließen.

§ 11

Zulassung zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen

(1) Zu den studienbegleitenden Prüfungsleistungen kann zugelassen werden, wer an der Otto-von-Guericke-Universität im Master Studiengang Psychologie immatrikuliert ist und den Prüfungsanspruch in dem Studiengang oder einem von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg als gleichwertig anerkannten Studiengang nicht verloren hat

(2) Studierende dieses Studienganges beantragen die Zulassung zu den studienbegleitenden Prüfungsleistungen und den Wiederholungsprüfungen innerhalb des vom Prüfungsausschuss festgesetzten Zeitraumes und in der festgelegten Form. Die Anmeldung zu einem Modul beinhaltet zugleich die verbindliche Anmeldung zur entsprechenden Modulprüfung. Einer gesonderten Anmeldung zur Modulprüfung bedarf es nicht. Die Rücknahme einer Prüfungsanmeldung (Abmeldung) in der festgelegten Form ist nur innerhalb des Abmeldezeitraums zulässig. Im Falle einer Abmeldung darf die oder der Studierende die Prüfungsleistung frühestens im nächsten Prüfungstermin des darauf folgenden Semesters erbringen, der in der Vorlesungszeit liegt; eine Teilnahme an zuvor stattfindenden Prüfungen ist ausgeschlossen. Bei Nichteinhaltung der Meldefrist ist eine

Zulassung zur Prüfung ausgeschlossen, sofern nicht der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag des oder der Studierenden Abweichendes beschließt.

(3) Dem Antrag auf Zulassung sind gegebenenfalls PrüferInnenvorschläge sowie die Nachweise der erbrachten Prüfungsvorleistungen, soweit sich nicht entsprechende Unterlagen bei der Otto-von-Guericke-Universität befinden, beizufügen.

(4) Der Antrag kann bis spätestens eine Woche vor dem jeweiligen Prüfungstermin zurückgenommen werden. Im Falle des Rücktritts ist die Zulassung entsprechend den Absätzen 1 und 2 zu einem späteren Prüfungstermin erneut zu beantragen.

(5) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Sie ist zu versagen, wenn:

1. die Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt oder
2. die Unterlagen unvollständig sind oder
3. die Prüfungsleistung endgültig „nicht bestanden“ wurde oder endgültig als „nicht bestanden“ gilt.

§ 12

Bewertung der Prüfungsleistungen und Bildung der Modulnoten

(1) Die einzelne Prüfungsleistung wird von den jeweiligen Prüfenden bewertet. Bei schriftlichen Prüfungsleistungen soll die Bewertung spätestens vier Wochen nach der jeweiligen Prüfungsleistung bekannt gegeben werden.

(2) Zur Bewertung von Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

Note		
1	sehr gut	eine hervorragende Leistung
2	gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3	befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4	ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5	nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte angehoben oder abgesenkt werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(3) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet worden ist. Wird die Prüfungsleistung von mehreren Prüfenden bewertet, ist sie bestanden, wenn alle Bewertungen mindestens „ausreichend“ sind. In diesem Fall ist die Note der Prüfungsleistung das auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma abgeschnittene arithmetische Mittel der von den Prüfenden festgesetzten Einzelnoten; abweichend von der Festlegung in Absatz 2.

(4) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle erforderlichen Prüfungsleistungen mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden sind.

Besteht eine Modulprüfung nur aus einer Prüfungsleistung, so entspricht die Modulnote der Note der Prüfungsleistung. Besteht eine Modulprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, ist die Modulnote das auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma abgeschnittene, gegebenenfalls gewichtete, arithmetische Mittel der Noten der Prüfungsleistungen im Modul; abweichend von der Festlegung in Absatz 2. Gewichtungen für die einzelnen Module sind gegebenenfalls dem anliegenden Prüfungsplan zu entnehmen bzw. sie ergeben sich aus dem Verhältnis der Creditanteile des entsprechenden Moduls.

(5) Bei der Bildung einer Note nach dem Durchschnitt wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Das Prädikat lautet:

Bei einer Durchschnittsnote	Prädikat
bis einschließlich 1,5	sehr gut
von 1,6 bis einschließlich 2,5	Gut
von 2,6 bis einschließlich 3,5	Befriedigend
von 3,6 bis einschließlich 4,0	Ausreichend
ab 4,1	nicht ausreichend

(6) Die deutsche Note soll mit einer ECTS-Note ergänzt werden.

§ 13 Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen und Prüfungsteilleistungen, die nicht bestanden wurden oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Die Wiederholung ist nur innerhalb von 12 Monaten nach der Mitteilung über das Nichtbestehen der Prüfungsleistung zulässig, sofern nicht dem oder der Studierenden wegen besonderer, von ihm oder ihr nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wurde. Für die Bewertung gilt § 12 entsprechend.

(2) Eine zweite Wiederholung einer Prüfungsleistung oder Prüfungsteilleistung soll in der Regel zum jeweils nächsten regulären Prüfungstermin zugelassen werden. Auf Antrag des oder der Studierenden kann der Prüfungsausschuss einvernehmlich mit dem oder der Prüfenden einen früheren Prüfungstermin bestimmen. Eine zweite Wiederholung ist nur für maximal 2 Prüfungsleistungen während des gesamten Studiums zulässig.

(3) Die Durchführung einer zweiten Wiederholung einer studienbegleitenden Prüfungsleistung ist von dem oder der Studierenden schriftlich innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Wochen nach der Mitteilung über das Nichtbestehen der ersten Wiederholung der studienbegleitenden Prüfungsleistung beim Prüfungsausschuss zu beantragen.

(4) Im gewählten Studiengang an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes erfolglos unternommene Versuche, eine Prüfungsleistung abzulegen, sind auf die Wiederholungsmöglichkeiten anzurechnen.

(5) Die Wiederholung einer bestandenen studienbegleitenden Prüfungsleistung ist nicht zulässig. Eine Ausnahme bildet § 15.

§ 14 Freiversuch

(1) Modulprüfungen/Teilmodulprüfungen, die innerhalb der Regelstudienzeit und nach ununterbrochenem Studium sowie vor dem im Prüfungsplan ausgewiesenen Semester abgelegt und nicht bestanden wurden, gelten auf Antrag des oder der Studierenden als nicht unternommen. Der Antrag ist schriftlich und innerhalb von 3 Monaten nach der Mitteilung über das Nichtbestehen der jeweiligen Modulprüfung/ Teilmodulprüfung an den Prüfungsausschuss zu stellen. Eine als Freiversuch wiederholte Modulprüfung/ Teilmodulprüfung ist nicht auf die Wiederholungsmöglichkeiten nach § 15 anzurechnen. Ein zweiter Freiversuch im gleichen Modul/Teilmodul ist ausgeschlossen. Freiversuche für das Anfertigen von Praxisberichten und der Master-Arbeit sind ausgeschlossen.

(2) Ein Freiversuch ist in 2 Modulprüfungen/Teilmodulprüfungen während des gesamten Studiums möglich.

(3) Absätze 1 und 2 gelten nicht für eine Modulprüfung/Teilmodulprüfung die aufgrund eines ordnungswidrigen Verhaltens, insbesondere eines Täuschungsversuches, als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt. Gleiches gilt auch für die weiteren in § 26 genannten Tatsachen.

(4) Bei der Berechnung des in Absatz 1 Satz 1 genannten Zeitpunktes bleiben Fachsemester unberücksichtigt, und gelten nicht als Unterbrechung, während derer der oder die Studierende nachweislich wegen längerer schwerer Krankheit oder aus einem anderen zwingenden Grund am Studium gehindert war. Ein Hinderungsgrund ist insbesondere anzunehmen, wenn mindestens vier Wochen der Mutterschutzfrist in die Vorlesungszeit fallen. Für den Fall der Erkrankung ist erforderlich, dass der oder die Studierende unverzüglich eine amtsärztliche Untersuchung herbeigeführt hat und mit der Meldung das amtsärztliche Zeugnis vorlegt, das die medizinischen Befundtatsachen enthält, aus denen sich die Studienunfähigkeit ergibt.

§ 15 Zusatzprüfungen

(1) Studierende können auch in weiteren als den im anliegenden Prüfungsplan vorgeschriebenen Modulen Prüfungen ablegen.

(2) Das Ergebnis der Zusatzprüfungen wird auf Antrag des oder der Studierenden in das Zeugnis oder in Bescheinigungen aufgenommen. Bei der Errechnung von Durchschnittsnoten und der Festsetzung der Gesamtnote werden die Ergebnisse von Zusatzprüfungen nicht einbezogen.

II. Master–Abschluss

§ 16 Anmeldung zur Master–Arbeit

(1) Zur Master–Arbeit wird nur zugelassen, wer an der Otto–von–Guericke–Universität im Master–Studiengang Psychologie immatrikuliert ist und den erfolgreichen Erwerb von mindestens 60 Leistungspunkten gemäß Musterstudienplan nachweist,

(2) Studierende beantragen die Zulassung zur Master–Arbeit schriftlich beim Prüfungsausschuss. Dem Antrag zur Master–Arbeit sind beizufügen: Ein Vorschlag für den Themenbereich, dem das Thema der Master–Arbeit entnommen werden soll, sowie gegebenenfalls PrüferInnenvorschläge.

(3) Ein Rücktritt von der Meldung zur Master–Arbeit ist vor Beginn der Bearbeitungszeit möglich. Im Fall des Rücktritts ist die Zulassung zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beantragen.

§ 17 Ausgabe des Themas, Abgabe und Bewertung der Master–Arbeit

(1) Die Master–Arbeit soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabenstellung aus dem Fachgebiet selbstständig wissenschaftlich zu bearbeiten. Das Thema und die Aufgabenstellung der Master–Arbeit müssen dem Prüfungszweck und der Bearbeitungszeit entsprechen. Die Art der Aufgabe und die Aufgabenstellung müssen mit der Ausgabe des Themas bestimmt sein.

(2) Das Thema der Master–Arbeit wird in der Regel bis zum Ende des 3. Semesters ausgegeben. Die Ausgabe hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Master–Prüfung innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

Die Master–Arbeit kann in deutscher oder englischer Sprache angefertigt werden.

Den Studierenden soll Gelegenheit gegeben werden, für das Thema und die Aufgabenstellung der Master–Arbeit Vorschläge zu unterbreiten. Dem Vorschlag des oder der Studierenden soll nach Möglichkeit entsprochen werden. Er begründet keinen Rechtsanspruch.

(3) Das Thema der Master–Arbeit kann von jedem Professor und jeder Professorin der psychologischen Institute festgelegt werden. Mit Zustimmung des Prüfungsausschusses gilt dies auch für Professoren und Professorinnen, die nicht Mitglied der psychologischen Institute sind. Es kann auch von anderen zur Prüfung Befugten nach § 6 Abs. 1 festgelegt werden. In diesem Fall muss der oder die zweite Prüfende ein Professor oder eine Professorin der psychologischen Institute sein. Auf Antrag gewährleistet der Prüfungsausschuss, dass Studierende rechtzeitig ein Thema erhalten. Die Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen. Mit der Ausgabe des Themas werden der Erstprüfer oder die Erstprüferin, der oder die das Thema festgelegt hat, und der Zweitprüfer oder die Zweitprüferin bestellt. Während der Anfertigung der Arbeit werden die Studierenden vom Erstprüfer oder von der Erstprüferin betreut.

(6) Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe der Master–Arbeit beträgt maximal 20 Wochen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit nach Satz 1 zurückgegeben werden. Eine Ausnahme von dieser Frist bildet der nachgewiesene Krankheitsfall des oder der Studierenden. In diesem Fall verlängert sich die Bearbeitungszeit um die Dauer der Krankheit, maximal um vier Wochen. Bei einer Verlängerung der Bearbeitungszeit ist auf die Einhaltung der Regelstudienzeit zu achten. Ein wegen zu langer Krankheit abgebrochener Versuch ist nicht auf die Wiederholungsmöglichkeiten anzurechnen. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit nach Satz 1 zurückgegeben werden.

(7) Bei der Abgabe der Master–Arbeit haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit – bei einer Gemeinschaftsarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit – selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben.

(8) Die Master–Arbeit ist fristgemäß in dreifacher Ausfertigung im Prüfungsamt einzureichen, der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(9) Die Master–Arbeit soll von den Prüfenden innerhalb von vier Wochen nach Abgabe begutachtet und bewertet werden. § 12 Abs. 3 und 5 gilt entsprechend.

(10) Für die erfolgreich bestandene Master–Arbeit mit dem Kolloquium werden 30 Credits vergeben.

(11) Die Modulnote entspricht der Note der Master–Arbeit. Die erfolgreiche Präsentation der Masterarbeit im Kolloquium ist Voraussetzung für das Bestehen des Moduls.

§ 18 Kolloquium

(1) Im Kolloquium zur Master–Arbeit haben Studierende nachzuweisen, dass sie in der Lage sind, die Arbeitsergebnisse aus der selbstständigen wissenschaftlichen Bearbeitung eines Fachgebietes in einem Fachgespräch zu verteidigen.

(2) Bedingungen für die Zulassung zum Kolloquium zur Master–Arbeit ist die Anmeldung der Master–Arbeit.

§ 19 Wiederholung der Master–Arbeit und des Kolloquiums zur Master–Arbeit

(1) Die Master–Arbeit kann, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt, einmal wiederholt werden.

(2) Eine Rückgabe des Themas bei einer Wiederholung der Master–Arbeit ist jedoch nur zulässig, wenn von dieser Möglichkeit nicht schon bei der ersten Arbeit Gebrauch gemacht wurde.

(3) Das neue Thema der Master–Arbeit wird in angemessener Frist, in der Regel innerhalb von drei Monaten, ausgegeben.

(4) Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

(5) Die Wiederholung einer bestandenen Master–Arbeit ist ausgeschlossen.

(6) Das Kolloquium zur Master–Arbeit kann, wenn es mit „nicht bestanden“ bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt, einmal wiederholt werden.

(7) Eine zweite Wiederholung des Kolloquiums zur Master–Arbeit ist nicht zulässig.

§ 20

Gesamtergebnis der Master–Prüfung

(1) Die Master–Prüfung ist bestanden, wenn alle studienbegleitenden Prüfungsleistungen der Pflicht– und Wahlpflichtmodule und die Master–Arbeit mit dem Kolloquium mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden.

(2) Die Gesamtnote der Master–Prüfung errechnet sich aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten für die Modulprüfungen und der Modul–Note der Master–Arbeit; abweichend von der Festlegung in § 12 Absatz 2. § 12 Absatz 5 gilt entsprechend. Die Wichtungen für die einzelnen Module sind gegebenenfalls dem anliegenden Prüfungsplan zu entnehmen bzw. sie ergeben sich aus dem Verhältnis der Creditanteile der entsprechenden Module.

(3) Ist der Durchschnitt der gebildeten Gesamtnote besser als 1,3, wird das Prädikat

„mit Auszeichnung bestanden“

erteilt.

(4) Die Master–Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine studienbegleitende Prüfungsleistung oder die Master–Arbeit mit dem Kolloquium mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder als mit „nicht ausreichend“ bewertet gilt und eine Wiederholungsmöglichkeit nicht mehr besteht.

§ 21

Zeugnisse und Bescheinigungen

(1) Über die bestandene Master–Prüfung soll innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis ausgestellt werden. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät zu unterschreiben und mit dem Siegel der Otto–von–Guericke–Universität zu versehen.

(2) Mit dem Zeugnis erhalten die Studierenden ein Diploma Supplement.

(3) Ist die Master–Prüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuss dem oder der Studierenden hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Prüfungsleistungen wiederholt werden können. Der Bescheid über eine endgültig nicht bestandene Master–Prüfung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(4) Verlassen Studierende die Hochschule oder wechseln sie den Studiengang, so wird ihnen auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, welche die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Bewertung enthält. Im Falle des Absatzes 3 wird die Bescheinigung auch ohne Antrag ausgestellt. Sie weist auch die noch fehlenden Prüfungsleistungen aus sowie ferner, dass die Master–Prüfung

nicht bestanden oder endgültig nicht bestanden ist. Auf Antrag erhalten Studierende im Falle von Absatz 3 eine Bescheinigung, welche lediglich die erbrachten Prüfungsleistungen ausweist.

§ 22 Urkunde

(1) Mit dem Zeugnis erhalten die Studierenden die Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Master-Grades beurkundet.

(2) Die Urkunde wird von dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität unterzeichnet sowie mit dem Siegel der Otto-von-Guericke-Universität versehen.

III. Schlussbestimmungen

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Studierenden wird auf schriftlichen Antrag beim Prüfungsausschuss nach Abschluss jeder Modulprüfung und dem Kolloquium, jeweils binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Bekanntgabe des Ergebnisses, Einsicht in die Prüfungsakte gewährt.

(2) Nach Aushändigung des Zeugnisses ist der schriftliche Antrag innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten beim Prüfungsausschuss zu stellen. Der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Studierende werden auf schriftlichen Antrag vor Abschluss einer Modulprüfung über Teilergebnisse unterrichtet.

§ 24 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine studienbegleitende Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn der oder die Studierende ohne triftigen Grund:

1. zu einem für ihn oder sie bindenden Prüfungstermin nicht erscheint,
2. nach Beginn einer Prüfung von der Prüfung zurücktritt,
3. die Wiederholung einer Prüfungsleistung innerhalb der dafür festgelegten Frist nicht durchführt.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe sind dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Erfolgt dieses nicht, ist die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ zu bewerten. Bei Krankheit ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Bei Anerkennung der Gründe ist die Prüfungsleistung zum nächsten regulären Prüfungstermin zu erbringen, sofern der Prüfungsausschuss nicht eine hiervon abweichende Regelung beschließt.

(3) Versucht der oder die Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Wer den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann durch den Prüfenden oder die Prüfende oder den Aufsichtsführenden oder die Aufsichtführende von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Falle ist die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ zu bewerten. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den oder die Studierende von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Wird bei einer Prüfungsleistung der Abgabetermin aus von dem oder der zu prüfenden Studierenden zu vertretenden Gründen nicht eingehalten, so gilt sie als mit „nicht ausreichend“ bewertet. Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 25

Ungültigkeit der Prüfungsleistungen

(1) Hat ein Studierender oder eine Studierende bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfungsleistung nicht erfüllt, ohne dass hierüber eine Täuschung beabsichtigt war, und wird die Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Den betreffenden Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit vor dem Prüfungsausschuss zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges Zeugnis oder eine Bescheinigung nach § 23 zu ersetzen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

§ 26

Entscheidungen, Widerspruchsverfahren

(1) Alle Entscheidungen, die nach dieser Prüfungsordnung getroffen werden und einen Verwaltungsakt darstellen, sind schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und gemäß § 41 VwVfG LSA bekannt zu geben. Gegen die Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheides Widerspruch beim Prüfungsausschuss eingelegt werden.

(2) Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss. Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung richtet, leitet der Prüfungsausschuss den Widerspruch dem betreffenden Prüfer oder der betreffenden Prüferin oder den betreffenden Prüfenden zur Überprüfung zu. Wird die Bewertung antragsgemäß verändert, so hilft der Prüfungsausschuss dem Widerspruch ab. Andernfalls überprüft der Prüfungsausschuss die Entscheidung nur darauf, ob

1. das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
2. der Prüfer oder die Prüferin von einem unzutreffenden Sachverhalt ausgegangen ist,
3. allgemein gültige Bewertungsgrundsätze beachtet worden sind,
4. sich der Prüfer oder die Prüferin von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

§ 27

Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des Prüfungsausschusses

Entscheidungen und andere nach dieser Prüfungsordnung zu beschließende Maßnahmen, insbesondere die Zulassung zur Prüfung, die Versagung der Zulassung, die Melde- und die Prüfungstermine und -fristen sowie die Prüfungsergebnisse werden hochschulöffentlich in ortsüblicher Weise bekannt gegeben. Dabei sind datenschutzrechtliche Bestimmungen zu beachten.

§ 28

Übergangsklausel

Diese Ordnung gilt für alle Studierenden, die ab Wintersemester 2014/15 in den Masterstudiengang Psychologie immatrikuliert werden.

§ 29
In-Kraft-Treten

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach der hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verwaltungshandbuch der Otto-von-Guericke-Universität in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrates der Fakultät für Naturwissenschaften vom 08.01.2014 und des Senates der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg vom 29.01.2014.

Magdeburg, 20.02.2014

Prof. Dr.-Ing. habil. Jens Strackeljahn
Rektor
der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Anlagen

Rahmenstudienplan

Allgemeine Veranstaltungen				Schwerpunktstudium				CP
1	A1 Multivariate Verfahren (2/4)	B1 Testen und Entscheiden (2/4)	A3 Computergest. Erhebung, Modellierung und Datenanalyse (2/4)	KOGNW: G1 KLINW: K1 UPS: O3 (2/4)	KOGNW: H1 KLINW: L1 UPS: S1, S3, S4 (2/4)	Projektarbeit KOGNW: H3 KLINW: L3 UPS: U1 (2/4)	KOGNW: H2 KLINW: L2 UPS: T1 (2/4)	28
2	A2 Methoden der Evaluationsforschung (2/4)	B2 Testtheorie und Testkonstruktion (2/4)	D Ergänzungsfach (2/4)	KOGNW: G2 KLINW: K2 UPS: O2 (2/4)	KOGNW: I1 KLINW: M1 UPS: S2 (2/4)	Projektarbeit KOGNW: I3 KLINW: M3 UPS: U2 (2/4)	KOGNW: I2 KLINW: M2 (1/2) UPS: T2 (2/4)	28
3	C1 Klinische Diagnostik und Psychotherapie (2/4)	C2 Klinische Diagnostik und Psychotherapie (2/4)	D Ergänzungsfach (2/4)		KOGNW: J1 KLINW: N1 UPS: S1, S3, S4 (2/4)	For- schungskoll · KOGNW: J3 KLINW: N3 UPS: U3 (2/2)	KOGNW: J2 (1/2) KLINW: N2 UPS: T3 (2/2)	24
4	F1 Masterarbeit (28 CP)						F2 Masterkoll oq. (2/2)	30
							E Praktikum	10
							<i>Summe</i>	<i>120</i>

Legende zum Rahmenstudienplan:

KOGNW = Kognitive Neurowissenschaft

KLINW = Klinische Neurowissenschaft

UPS = Umweltpsychologie/Mensch-Technik-Interaktion

Studien- und Prüfungsplan

Allgemeiner Teil

Module und Veranstaltungen	LV	SWS	CP	LN	PL	Modulverantwortliche r
Modul A. Forschungsmethoden		6	12	3		Süß
A1 Multivariate Verfahren	V	2	4	1	MP	
A2 Methoden der Evaluationsforschung	V,S	3	4	1	MP	
A3 Computergest. Erhebung, Modellierung, Analyse von Daten	S,Ü	2	4	1	K/MP	
Modul B. Psychologische Diagnostik		4	8	2		Süß
B1 Testen und Entscheiden	V	2	4	1	MP	
B2 Testtheorie und Testkonstruktion	S,Ü	2	4	1	n.A./MP	
Modul C. Klinische Psychologie		6	12			Ullsperger
C1/ C2 Klinische Diagnostik und Psychotherapie	V, S	4	8		K,K	
C3 Erstellung und Präsentation von Gutachten	S	2	4		HA	
Modul D. Ergänzungsfach	V,S	4	8		1)	N.N.
Modul E. Berufsorientierendes Praktikum	P		10		EB	Praktikumsbeauftragter

Schwerpunkt Kognitive Neurowissenschaft

Modul G. Anwendungsmodul Klinische Neurowissenschaft I		4	8	2		Ullsperger
G1 Krankheiten des ZNS	V	2	4	1	K	
G2 Psychopharmakologie	V	2	4	1	K	
Modul H. Grundlagenmodul Kognitive Neurowissenschaft I		6	12	3		Noesselt
H1 Neuroanatomie	V	2	4	1	n.A.	
H2 Wahrnehmung	S	2	4	1	n.A.	
H3 Projektseminar 1	S	2	4	1	n.A.	
Modul I. Grundlagenmodul Kognitive Neurowissenschaft II		6	12	3		Pollmann
I1 Funktionelle Bildgebung	V	2	4	1	n.A.	
I2 Kognition	S	2	4	1	n.A.	
I3 Projektseminar 2	S	2	4	1	n.A.	
Modul J. Grundlagenmodul Kognitive Neurowissenschaft III		5	8	3		Pollmann
J1 Psychophysiologie	S	2	4	1	n.A.	
J2 Emotion und Motivation	S	1	2	1	n.A.	
J3 Forschungskolloquium	S	2	2	1	n.A.	alle Prof.

Schwerpunkt Klinische Neurowissenschaft

Modul K. Grundlagenmodul Kognitive Neurowissenschaft I		4	8	2		Noesselt
K1 Neuroanatomie (siehe H1)	V	2	4	1	n.A.	
K2 Funktionelle Bildgebung (siehe I1)	V	2	4	1	n.A.	
Modul L. Anwendungsmodul Klinische Neurowissenschaft I		6	12	3		Ullsperger
L1 Krankheiten des ZNS (siehe G1)	V	2	4	1	K	
L2 Experimentelle Psychopathologie	V	2	4	1	K	
L3 Projektseminar	S	2	4	1	n.A.	

Modul M. Anwendungsmodul Klinische Neurowissenschaft II		5	10	3		Ullsperger
M1 Psychopharmakologie (siehe G2)	V	2	4	1	K	
M2 Rehabilitation u. Intervention bei neuropsych. Störungen	S	1	2	1	HA	
M3 Projektseminar	S	2	4	1	n.A.	
Modul N. Anwendungsmodul Klinische Neurowissenschaft III		6	10	3		Ullsperger
N1 Spezielle klinische Neuropsychologie	S	2	4	1	n.A.	
N3 Forschungskolloquium	S	2	2	1	n.A.	alle Prof.

Schwerpunkt Umweltpsychologie/Mensch-Technik-Interaktion

Modul O. Grundlagenmodul		4	8	2		Matthies
O2 Handeln im Kontext	V	2	4	1	n.A.	
O3 Mensch-Umwelt-Interaktionen	V	2	4	1	n.A.	
Modul S. Gestaltung von Mensch-Umwelt-Interaktionen		6	12	2		Matt-hies/N.N.
S1 Wahrnehmung und -bewertung von Umwelten	S&Ü	3	6	1	n.A.	
S2: Gestaltung von Planungsprozessen	S&Ü	3	6	1	n.A.	
S3 Arbeitswissenschaft	V&Ü	3	6	1	K	
S4 Ausgewählte Themen der Gestaltung von Mensch-Umwelt-Interaktionen	S&Ü	3	6	1	n.A.	
Modul T. Psychologie der Verhaltensänderung		8	10	1		Matt-hies/Kaiser
T1 (Umwelt-)Psychologische Verhaltensmodelle	S	2	4		-	
T2 Psychologische Prinzipien der Verhaltensänderung	S	2	2		-	
T3 Praxisanleitung zum Verhaltensmanagement	S&Ü	4	4	1	n.A.	
Modul U. Implementierungs- & Forschungspraxis		8	10	2		Kai-ser/Matthies
U1 Logik der Evaluationsforschung - Fragebogendesign - Projektmanagement	S&Ü	4	4	1	n.A.	
U2 Erfolgskontrolle: Logik & Handwerk des Messen	S&Ü	2	4	1	n.A.	
U3 Forschungskolloquium	S	2	2		-	alle Prof.

Abschluss

Modul F.						
Modul F1 Masterarbeit			28			alle Prof.
Modul F2 Masterkolloquium (integriert in Masterarbeit)		2	2			alle Prof.

Legende:

- LV = Lehrveranstaltungstyp
- SWS = Semesterwochenstunden
- CP = Credit Points (Leistungspunkte)
- PL = Prüfungsleistung
- K = Klausur (60 Minuten Dauer)
- HA = Hausarbeit (schriftlich)
- BB = Befundbericht

EB = Einzelbericht

MP = mündliche Prüfung

n.A. = nach Ankündigung: Die Art der Studien- bzw. Prüfungsleistung wird zu Beginn der Veranstaltung bekannt gegeben.

1) = Wird vom jeweiligen Modulverantwortlichen geregelt.